

## **Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Rates am 30.03.2006**

---

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer: 18:00 bis 20:28 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Dr. Heinrich Kleinschmidt

ANWESENDE:

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

#### **SPD**

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt

Ratsfrau Berendine Bamminger

Beigeordneter Bernd Bornemann

Ratsherr Walter Davids

Ratsfrau Helga Grix

Beigeordneter Hans-Dieter Haase

Beigeordneter Horst Jahnke

Ratsherr Richard Janssen

Ratsherr Rico Mecklenburg

Ratsfrau Regina Meinen

Ratsfrau Elfriede Meyer

Bürgermeisterin Lina Meyer

Ratsfrau Marianne Pohlmann

Ratsherr Ihno Slieter

Beigeordneter Johann Südhoff

Ratsherr Johann Wessels

Ratsherr Richard Woldmer

#### **CDU**

Beigeordneter Helmut Bongartz

Ratsherr Herbert Buisker

Ratsherr Ihno Groeneveld

Ratsherr Kurt Hannappel

Ratsherr Reinhard Hegewald

(ab 18.55 Uhr)

Ratsfrau Monika Hoffmann

Beigeordneter Heinz-Werner Janßen

Ratsherr Hinrich Odinga

Bürgermeisterin Andrea Risius

Ratsherr Benedikt Rosenboom

Ratsherr Werner Vollprecht

#### **FDP**

Ratsherr Heino Ammersken

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

Beigeordneter Erich Bolinius

Ratsherr Rolf Bolinius

Beigeordnete Hillgriet Eilers

Ratsherr Holger Klaassen

Ratsherr Meinhard Meißner

Ratsherr Franz Melles

Ratsherr Roland Riese

## **Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Rates am 30.03.2006**

---

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Ratsherr Bernd Renken  
Ratsfrau Christine Schmidt

(ab 18.08 Uhr)

### **von der Verwaltung**

Erster Stadtrat Martin Lutz  
Stadtbaurat Andreas Docter  
Städtischer Direktor Heinz-Bernhard Schmidt  
Protokollführerin Karin Jetses

ca. 30 Zuhörerinnen und Zuhörer

### **Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Dr. Kleinschmidt** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 38 Ratsmitglieder anwesend. Anschließend gratuliert er Frau Bamminger, Herrn Bongartz und Herrn Brinkmann jeweils zum 60. Geburtstag und Herrn R. Bolinius zu der Geburt seiner Tochter.

Danach verliest er eine Mitteilung des Leiters des Betriebes 806, wonach die Reparatur der Uhr im Ratssaal leider erst in der 14. KW erfolgen könne.

### **Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

### **Punkt : 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Rates am 15.12.2005

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Rates am 15.12.2005 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig.

### **Punkt : 4** Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Anfragen gestellt.

## B E S C H L U S S V O R L A G E N

### **Punkt : 5** Vorlage 14/2098-00 Aufhebung der Betriebssatzung für das Hans-Susemihl-Krankenhaus

## **Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Rates am 30.03.2006**

---

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 14/2098-00 als Anlage beigefügte Satzung zur Aufhebung der Betriebssatzung für das Hans-Susemihl-Krankenhaus.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 6** Vorlage 14/1876-01  
Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2006

**Herr Lutz** zeigt sich erfreut über den im Ausschuss für Finanzen und innere Organisation am 16.03.2006 vorgelegten einstimmigen Vorschlag aller Fraktionen. Er verweist auf das im Jahre 2006 zu erwartende Defizit in Höhe von 5,7 Mio. €. Die neuen Schulden würden sich im Kernhaushalt auf 2,2 Mio. € belaufen. Ca. 3,6 Mio. € würden für Schulbauten ausgegeben, die im Betrieb 806 mit aufgenommen worden seien.

**Herr Dr. Kleinschmidt** bittet **Herrn Haase** um Vortrag:

Zitat:

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, ich bedanke mich für die Erteilung des Wortes und werde versuchen, die mir lt. Geschäftsordnung zustehende Redezeit nicht komplett auszunutzen. Im Gegensatz zu dem „fast rekordverdächtig kurzen“ Vortrag der Verwaltung muss ich aber doch das eine oder andere noch sagen.

Wir werden einen Haushalt in der Einnahme mit 113 Mio. € und in der Ausgabe mit 119 Mio. € im Verwaltungshaushalt beschließen. Er weist ein Defizit von fast 6 Mio. € aus. Dies bedeutet, dass die Stadt Emden heute noch keine schwarzen Zahlen erreichen wird. Man sollte bedenken, dass wir erstmalig seit Jahren im Volumen etwas kleiner geworden sind als im Vorjahr. Auch dies ist sicherlich einem sehr vernünftigen haushaltspolitischen Kurs folgend. Dennoch glaube ich, dass alles sehr vertretbar ist und dies hat uns auch von weiteren Kürzungen entbunden, weil natürlich die Stadt Emden auch im Vergleich zu anderen Städten nach wie vor bei der Pro-Kopf-Verschuldung auf einem soliden „oberen Mittel-feldplatz“ liegt. Man muss auch sehen, wodurch dieses Defizit entstanden ist. So ist in diesem Jahr der Kommunale Finanzausgleich mit 150 Mio. € weniger sehr viel geringer ausgefallen. Davon kommt auch ein Teil in Emden an.

Es ist also ein Problem der Einnahmenseite, welches dazu geführt hat, dass alle Fraktionen gemeinsam sehr intensiv darüber nachgedacht haben, wie wir die Ausgaben handhaben, denn wir wollten auf keinen Fall die Einnahmenseite durch kommunale Steuererhöhungen verbessern. Ich möchte die vorbereitende Arbeit der Konsolidierungsgruppe loben und ich habe die berechtigte Hoffnung, dass wir den Haushalt einstimmig verabschieden werden. Die Arbeit der Gruppe war von hohem Sachverstand, viel Engagement, guter Unterstützung der Verwaltung, aber auch von hoher Verantwortung gegenüber unserer Stadt geprägt, und ich bin dankbar, dass wir alle der Versuchung widerstanden haben, schon sechs Monate vor der Kommunalwahl mit dem Wahlkampf zu beginnen, um Forderungen zu stellen, die dann doch nicht eingelöst werden können. Nichtsdestotrotz sei mir erlaubt, auf gewisse Haushaltsrisiken hinzuweisen:

Keiner von uns weiß, wie sich die Zinsen entwickeln. Wir wissen alle nicht, wie die Zukunft des Kommunalen Finanzausgleiches sein wird. Und wir wissen nicht, wie sich der Rückzug – insbesondere des Landes – weiterhin aus den Mischfinanzierungen entwickeln wird, dort wo Beratungsstellen oder Projekte bislang auch mit Zuschüssen des Landes gefahren worden sind. Es gibt eine klare Ansage, dass wir nicht alles auffangen können, was anderenorts gestrichen wird. Aber es kommen natürlich dadurch auf die Stadt Emden Kosten zu. Deutlich

## **Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Rates am 30.03.2006**

---

wird das z. B. daran, dass im Sozialetat durch die Streichung des Landesblindengeldes auf einmal Bedarfe an den kommunalen Haushalt entstehen. Und wir waren uns auch in den Diskussionen in der Vergangenheit einig, dass wir in den Unterbringungskosten für jugendliche Heimerziehung nach wie vor ein hohes Haushaltsrisiko sehen. Ich will ausdrücklich sagen, dass wir da gemeinsam auf einem guten Weg sind. Nichtsdestotrotz bleibt es ein Risiko und wir müssen alle Kräfte einsetzen, um dort durch mehr soziale Außendienstarbeit in den Familien zu versuchen, die Unterbringungskosten auf Dauer zu senken.

Nichtsdestotrotz können wir gemeinsam stolz sein auf das Erreichte. z. B. das Rathaus, die Entwicklung der Wasserstadt und das Schulbauprogramm. Da muss ich leider feststellen, dass das Land schneller mit den Genehmigungen herüberkommen sollte. Ohne Genehmigung wird das Geld nicht fließen, aber insbesondere wegen des Ganztagschulprogramms müssen wir diese Schulen in diesen Zustand bringen. Wenn ein Landesamt erst auf die Bescheide des anderen Landesamtes warten muss, dann kann dies vor Ort nicht mehr verstanden werden.

Ich glaube, dieser Haushalt macht nach wie vor einiges möglich: Freiwillige Leistungen haben wir – im Gegensatz zu anderen Städten - in einem großen Maße nach wie vor erhalten können. Wir haben geringfügige Änderungen nur im Bereich der Konsolidierungsgruppe vereinbart, wir haben den Straßenbau erhöht, wir haben die Sanierung des Falkenhorstes ermöglicht, die Schulsozialarbeit erneut aufgestockt, aber auch kleine Dinge, wie z. B. eine Orgel in Wybelsum mitfinanziert. Bei der Straßenunterhaltung muss es auch in harten Wahlkampfzeiten bei der Prioritätenliste bleiben. Ich glaube, jeder hier im Raum von uns 43 Ratsherren könnte mindestens aus dem Stand heraus zehn Straßen benennen, die vermutlich die schlimmsten in dieser Stadt sind. Ich glaube – und das ist ein hohes Lob an den BEE -, dass von dort die Mittel sinnvoll eingesetzt werden.

Mit dem Haushalt können wir vieles fortsetzen: vom Sport, von der Sportförderung über die Feuerwehr, Vereine und Verbände. Das Ehrenamt wird weiterhin Grundlagen dafür bekommen, dass es arbeiten kann und wir setzen begonnene Sanierungen fort. Die Langeoogstraße ist dafür ein gutes Beispiel. Ich bin froh, dass alle Fraktionen auch in diesem Jahr der Versuchung widerstanden haben, durch den Verkauf des „Tafelsilbers“ der Stadt Emden einen schnellen Euro zu machen. Wir alle haben noch die Erfahrung von Wilhelmshaven vor einigen Jahren im Gedächtnis. Dort hat man auch den Haushalt sanieren wollen, hat sämtliches „Tafelsilber“ verkauft und heute sitzen die Wilhelmshavener wieder „in der gleichen Grütze“, aber haben nicht mal mehr den Hausbestand. Ich bin froh, dass wir unsere Töchter, erhalten haben. Es muss so bleiben, es sichert Einnahmen und generiert Handlungsmöglichkeiten auf Dauer und es sichert Arbeitsplätze, die wir in unserer Stadt dringend benötigen.

Das Ziel muss bleiben, einen ausgeglichenen Haushalt spätestens im Jahre 2008 zu erzielen. Vielleicht haben wir das Glück, dass die Konjunktur sich positiv entwickelt und man schneller das Ziel, eine „schwarze Null“, erreichen wird. Dass wir vor unerwarteten Kosten nie gefeit sind, das weiß jeder hier im Raum. Ein Gutachten und auf einmal ist das Dach bzw. sind die Decken der Nordseehalle fällig und schon sind sechsstellige Beträge aufzubringen. Gut, dass haben wir aus anderen Posten hinkriegen können. Aber ich gehe davon aus, dass die Stadt Emden so gut aufgestellt ist, dass im Zweifel noch gewisse Reserven für Nottfälle da sind. Unser Ziel darf nicht sein, den Haushaltsausgleich 2008 aufzugeben. Da müssen wir trotz Kommunalwahlkampf alle gemeinsam dem Versuch, populistische Parolen zu verkünden, widerstehen. Wir müssen uns unsere finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten. Sie ist letzten Endes die Grundlage für eine kommunale Selbständigkeit. Ich glaube, die Bürger haben auch mittlerweile verstanden, dass nicht alles ernst zu nehmen ist, was manchmal irgendwo versprochen wird. Derjenige, der allen alles verspricht, wird am Schluss merken, um das alles abzuarbeiten, müssten wir wahrscheinlich 30 Mio. € mehr haben. Ich gehe lieber davon aus, dass wir gemeinsam so ehrlich miteinander umgehen und sagen, was möglich ist. Ich glaube, die Fraktionen haben genauso wie die Verwaltung ein gutes Stück Arbeit

## **Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Rates am 30.03.2006**

---

abgeliefert. Und neue Entwicklungen, die heute aber nicht das Thema sind, zeichnen sich am „Horizont“ ab.

Ich möchte diese Stelle am Schluss jetzt dafür nutzen, noch einmal dem Oberbürgermeister und allen Mitgliedern der Verwaltung für die Mitarbeit zu danken. Dank an alle in der Stadt, die das vom Rat zur Verfügung gestellte Geld, was wir zur Fortsetzung ehrenamtlicher Arbeit bereit stellen, durch ihre Arbeitskraft, durch ihr Engagement um ein ganz großes Vielfaches vermehrt haben. Mir ist klar geworden, wie wichtig es ist, zur Gegenfinanzierung kommunale finanzielle Handlungsfreiheit zu haben. Dadurch, dass wir eine mittlerweile hochgradig professionelle Truppe in der Verwaltung haben, die sich um EU-Gelder und Fördergelder kümmert, sind wir überhaupt in der Lage, über verschiedene Projekte, z. B. EFRE-Mittel o. ä., zu verfügen. Überall, wo wir uns einbringen, können wir auch für den eingesetzten Euro einen weiteren oder ein Mehrfaches aus anderen Töpfen bekommen. Diese Handlungsfreiheit ist etwas, was einiges noch möglich macht und da bin ich dankbar für.

Wir sind handlungsfähig. Wir können noch Dinge auf den Weg bringen. Das ist wichtig für unsere Stadt und stärkt sie. Und wir sind in der Lage, selbst in schwierigen Zeiten am Schluss durch lange und intensive Diskussionen zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen. Wir werden als SPD-Fraktion einstimmig zustimmen.“

**Herr Dr. Kleinschmidt** bedankt sich bei Herrn Haase für seinen Vortrag und erteilt **Herrn H. W. Janßen** das Wort:

### Zitat:

Zunächst einmal, meine Damen und Herren, gilt mein Dank allen Beteiligten, die sich in die Vorgespräche zum Haushalt 2006 eingebracht haben. Besonderen Dank auch an meine Mitstreiter in der CDU-Fraktion. Bei einer kritischen Betrachtung dieser Beratungen wird aber deutlich, dass die Mitglieder des Rates langsam bis an die Grenzen mit dem Ehrenamt belastet werden. Dazu kommt die Einsicht, dass es ohne Mitwirkung der Verwaltung nicht geht. Man könnte den Eindruck haben, dass das Beharrungsvermögen in Teilen der Verwaltung doch erstaunlich groß ist. Bei einer Befragung der Fachbereichsleiter nach der Möglichkeit von Einsparungen in ihrem Bereich wurden diese als unmöglich schlichtweg abgelehnt.

Diese Perspektive führte letztlich zur Aufgabe der Haushaltskonsolidierungsgruppe. Es macht einfach keinen Sinn, in dieser Gruppe über Einsparungen von wenigen Euros zu beraten, wenn auf der anderen Seite Tausende von Euros innerhalb von Tagen „aus dem Hut gezaubert“ werden. Der Bau des Stigtes ist hier nur ein Beispiel von vielen. Das Bestreben aller Fraktionen war aber, einen Haushalt vorzulegen, der von uns allen zu verantworten ist. Die Fraktionsvorsitzenden haben ihre Hausaufgaben gemacht und ihren jeweiligen Fraktionen eine Lösung vorgeschlagen, die sicherstellt, dass der Haushalt 2006 mit großer Mehrheit – nach Möglichkeit einstimmig - angenommen werden kann. Bei der Rückbetrachtung des Ergebnisses war ich in Versuchung, auf eine Haushaltsrede zu verzichten. Wir sind Kommunalpolitiker und als solche nicht in der Verpflichtung zu Fensterreden. Da aber der Eindruck entstehen könnte, die CDU-Fraktion habe zum Haushalt 2006 nichts zu sagen, werde ich in kurzer Form darauf eingehen:

Selten zuvor hat die Stadt Emden so viele „Räder“ bewegt wie heute. Beispiele wie Binnenhafen, Hafen, Windkraft, Schulen, Hallenbad, Fußgängerbrücke, Verwaltungsgebäude, Bahnhofsvorplatz, Nordseehalle, Landesmuseum, Kulturhaus Faldern und die Entwicklung des Eisenbahndocks sind Projekte, die die Entwicklung Emdens stark voranbringen werden. Dieses ist nun aber nicht allein der Verwaltung zuzuschreiben oder einem Einzelnen. Ohne die Bereitschaft der Fraktionen, schnell und zielgerichtet zu entscheiden, ist eine solche Entwicklung undenkbar.

## **Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Rates am 30.03.2006**

---

Seit nunmehr fünf Jahren gibt es in Emden keine Alleinherrschaft der SPD mehr. Das ist gut so. Es wird nach besseren Lösungen und Mehrheiten gesucht. Im gleichen Zeitraum gibt es positive Entwicklungen in Emden. Diese Übereinstimmung beider Zeiträume zeigt deutlich, dass absolute Mehrheiten der Entwicklung Emdens nicht dienlich waren und sind. Es gibt aber auch „schwarze Wolken“ über dem Himmel von Emden. Der Haushalt unserer Stadt ist durch Kredite finanziert. Wir leben auf Kosten unserer Kinder und Enkel. Das ist unsozial! Lediglich die Aussage der Verwaltung, ab 2008 wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können, lassen ein positives Votum der CDU-Fraktion zum Haushalt zu. Ich werde es mir und Ihnen ersparen, zu den einzelnen Positionen des Haushaltes Stellung zu nehmen. Dieses ist in Pressegesprächen der Fraktionen umfangreich geschehen. Wir alle würden uns viermal das gleiche Zahlenwerk anhören müssen. Nur eine Bemerkung:

Aus gutem Grund hat die Politik den Ansatz für die Straßenunterhaltung erhöht. Wir wollen damit ein Zeichen setzen, dass es für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Gäste unserer Stadt unzumutbar ist, derart schlechte Straßen hinnehmen zu müssen. Die Sleedrieverstraße ist der Höhepunkt des Unzumutbaren. Bereits im letzten Jahr habe ich darauf hingewiesen, dass einmal begonnene Maßnahmen fertiggestellt werden müssen. Die Bürgerinnen und Bürger haben für Flickschusterei kein Verständnis!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Genehmigung des Haushaltes durch den Rat heute die Mehrheit findet, ist der verantwortlichen Einstellung der Mitglieder des Rates zu danken. Ich hoffe, dass dieses auch bis zur Wahl Bestand haben wird. Die CDU-Fraktion wird sich nicht an dem Wettlauf der Versprechungen beteiligen. Wir wollen nicht ab dem 11. September 2006 in die Verlegenheit kommen, Geschenke wieder einsammeln zu müssen. Frei nach dem Motto, man kann sich ja einmal versprechen. Auch werden wir das Spiel vom „Hasen und dem Igel“ nicht mitspielen.

Wer bei gleichbleibenden LKW-Verkehr eine Reduzierung im Bereich Petkums den Bürgern in Aussicht stellt, sollte nicht verschweigen, dass eine solche Maßnahme den LKW-Verkehr (ohne Autobahnanbindung) in Friesland erhöht und umgekehrt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Haushaltsberatung ist die letzte in dieser Periode. Lassen wir dem neuen Rat die Möglichkeit zu gestalten und unseren Kindern die Chance, ohne Altlasten zu leben. Ich bedanke mich für die vergangenen Jahre und Ihre Aufmerksamkeit.“

**Herr Dr. Kleinschmidt** bedankt sich bei Herrn. H. W. Janßen für die Ausführungen. Anschließend fährt **Herr E. Bolinius** fort:

### Zitat:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, hinter uns liegt ein turbulentes politisches Jahr, insbesondere durch die Neuwahlen im Bund. Ob diese Veränderungen für unser Land gut sind, muss sich zeigen. Zweifel sind angebracht. Bisher ist so gut wie nichts auf den Weg gebracht worden, außer dass die Mehrwertsteuer auf 19 % ansteigen wird. Seit der Kommunalwahl im Jahr 2001 hat sich in Emden demgegenüber einiges positiv verändert. Eine Mehrheitsfraktion gibt es in unserer Stadt nicht mehr. Das ist gut so - und so sollte es auch bleiben. Denn nur im Wettbewerb werden die besten Ideen für Emden geboren. Die FDP hat mit ihren 10 Mandatsträgern seit dieser Zeit eine besondere Verantwortung übernommen und ist dieser - nicht nur nach meiner Auffassung – gerecht geworden. Wir sind als Freie Demokraten zuerst den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt verpflichtet, genau wie der ganze Rat. Aber wir sollten nicht vergessen: Der Rat ist kein Parlament!

Der Rat der Stadt Emden erfüllt seine Aufgabe dann, eine wichtige, demokratische Instanz zu sein, wenn er den Willen der Wähler widerspiegelt. Das ist m. E. seit 2001 - bis auf we-

## **Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Rates am 30.03.2006**

---

nige Ausnahmen - gelungen. Dieser Rat hat auch in diesem Jahr wieder eindrucksvoll über alle Fraktionsgrenzen hinweg bewiesen, wie ernst er diese Verantwortung nimmt und wie er sich über Parteigrenzen hinweg zu wichtigen Regelungen verständigen kann. Dafür danke ich allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich.

Inhaltlich ist der Haushalt 2006 der zweite defizitäre Haushalt, diesmal mit rund 5.8 Mio. € bei insgesamt 130 Mio. € Ausgaben, den es gilt, zu verabschieden. Wenn der Kämmerer sagt, dass die Defizite im Haushalt nicht die derzeitige Wirtschaftslage der Stadt widerspiegeln, dann ist das richtig. Es ist ja so, dass die Gewerbesteuererinnahmen erst in zeitversetzter Form den Kommunen zufließen. Und wir wissen alle, dass die großen Unternehmen und Wirtschaftszweige, wie Automobilbau, Schiffbau und Windenergie in Emden z. Zt. noch sehr gut florieren. Und ich teile auch die Ansicht des Kämmerers, dass Emden auch für die zukünftige Entwicklung Ostfrieslands unangefochten der Jobmotor und auch wirtschaftlicher Motor der Region ist. Ich erinnere hier an die Wiederinbetriebnahme eines Blocks des Kraftwerkes, die Ansiedlung von Enercon (Betonwerk) und Bard (Windkraftanlagen im Offshorebereich) sowie der Stahlbaufirma Danny Götze im Hafen.

Hoffentlich siedelt sich auch noch die Palmölraffinerie im Hafen an und lässt sich von den Ausfällen der Grünen über dieses dort herzustellende Produkt nicht abschrecken. Die Grünen aus den Kreisverbänden Aurich und Emden haben in dieser Woche öffentlich nach einer Tagung in Aurich geäußert, dass die Stadt Emden ihren guten Ruf als Standort für erneuerbare Energien riskiert, wenn in der Hafenstadt tatsächlich eine Palmölraffinerie errichtet wird. Der Auricher Grünen-Kreisvorsitzende Holger Rodiek sagte, er hoffe sehr auf die Einsicht des Emdener Stadtrates. Denn andernfalls, kündigte Tagungsteilnehmer Werner Paczian von der Umweltorganisation „Rettet den Regenwald“ an, „werden wir eine Kampagne starten, in der Emden als Modellstadt für Umweltzerstörung und Kinderarbeit angeprangert wird.“ Die Grünen wissen natürlich genau, dass der Stadtrat nicht Herr des Verfahrens ist, sondern das Land. Aber es macht sich immer gut, so meinen anscheinend die Grünen, auf die Stadt und auf die anderen Fraktionen verbal einzuschlagen. Ich habe bisher vergeblich darauf gewartet, dass sich die Ratsfraktion der Grünen in Emden für diese Entgleisung entschuldigt, hoffe aber, dass das noch geschieht. Anderenfalls disqualifizieren sich die Grünen hier in Emden wieder einmal selbst. Sie haben bereits jetzt unserer Heimatstadt einen großen Schaden zugefügt.

Unsere städtische Tochter, die Stadtwerke Emden GmbH, beteiligt sich zusammen mit Enercon, der EWE und der Ingenieurgesellschaft für Energieprodukte an der Erschließung des Gebietes im Rysumer Nacken. Hier soll ein Projekt auf den Weg gebracht werden, welches überregionale Bedeutung haben wird.

Dass die Hebesätze der Realsteuern, Grundsteuer (A 320 bzw. B 440 v. H. und Gewerbesteuer 420 v. H.), die seit 1994 konstant sind, gleich bleiben, ist positiv zu vermerken. Nach Ansicht des Kämmerers werden wir im Jahr 2008 finanziell wieder „auf besseren Beinen“ stehen als zur Zeit. Wenn er Recht behält, dann können auch wieder Wünsche umgesetzt werden, auf die wir zur Zeit noch verzichten müssen. Insbesondere bei der Sanierung von Straßen und Gebäuden haben wir einen großen Nachholbedarf. Der Kämmerer hofft, in diesem Jahr 500.000 € Personalkosten einzusparen. Für diesen Betrag wurden von den Fraktionen zahlreiche Änderungsvorschläge eingebracht und in den Haushalt eingearbeitet. Der größte Änderungsvorschlag betrifft mit rd. 300.000 € die Sanierung der Straßen, dieser Betrag ist aber auch nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Kollegen/-innen daran erinnern, dass wir in der Haushaltskonsolidierungsgruppe einstimmig beschlossen haben, den Personalbedarf der Stadt Emden durch ein externes Gutachten überprüfen zu lassen. Leider konnte dieser Beschluss, weil einige Fraktionen noch Beratungsbedarf haben, noch nicht im VA verabschiedet werden. Diese Zögerlichkeit ist für mich nicht nachvollziehbar. Dass die Verwaltung diese

## Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Rates am 30.03.2006

Form der Überprüfung nicht gerade begrüßt, ist aus ihrer Sicht zu verstehen. Aber wir alle sollten an dem Beschluss festhalten, sonst haben derartige Vereinbarungen keinen Sinn.

Ich hoffe nicht, dass sich „die dunklen Wolken am nicht allzu fernen Horizont“, die sich im Automobilbau und im Schiffbau schon wieder ankündigen, in unserer Stadt niederschlagen werden. Ich erinnere hier an die Rede vom Schiffbauer Bernard Meyer beim nautischen Essen vor einigen Tagen. Meyer sprach von einem Tsunami, der aus Asien auf Deutschland zurollt. Ich finde, dass erstens die Wortwahl wegen der vielen Opfer überhaupt nicht in Ordnung ist und zweitens, dass es ganz so schlimm nicht kommen wird. Es gibt in der Wirtschaft immer ein Auf und Ab, und die deutsche Wirtschaft ist sehr kreativ, um auch dies zu überwinden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die FDP setzt auf Individualität, Urbanität, Freiheit und Entstaatlichung. Wir wollen, dass die Menschen in Emden selbst entscheiden, wie sie ihr Leben führen. Die Politik muss sich daher zukünftig mehr darauf beschränken, den Rahmen für das menschliche Miteinander zu gestalten. Angesichts hoher Arbeitslosigkeit und der Notwendigkeit, die sozialen Sicherungssysteme einschneidend zu reformieren und zukunftsfähig zu machen, kommt den Städten und Gemeinden eine besonders wichtige Aufgabe zur Bewahrung des sozialen Friedens und der Sicherung der sozialen Stabilität zu. Hierzu gehört, vorhandene Mittel effizient einzusetzen.

### Gesundheitswesen

Das Gesundheitswesen befindet sich derzeit im Umbruch. Zahlreiche Städte haben ihre Krankenhäuser bereits in private Trägerschaften gegeben. Wir setzen uns für eine Standort-sicherung des Hans-Susemihl-Krankenhauses in eigener Regie ein. Wir können uns aber jährliche Verluste in Millionenhöhe nicht auf Dauer leisten. Deshalb ist das eingeleitete Spar- und Sanierungsprogramm in allen Bereichen des Krankenhauses zu begrüßen. Wir sind sicher, dass sich die Überführung des HSK in eine GmbH positiv auf die Ertragslage auswirken wird. Die Zahl der niedergelassenen Ärzte im Krankenhaus wird durch den Anbau steigen und sich somit positiv auf das Angebot des Krankenhauses auswirken. Zukünftig können auch in Emden jährlich bis zu 100 Bandscheibenoperationen durchgeführt werden. Vom kommenden Montag (03.04.2006) an eröffnet ein Facharzt für Neurochirurgie dort eine eigene Praxis. Das ist sehr erfreulich.

Wir sind für eine Zusammenarbeit mit anderen ostfriesischen Krankenhäusern, denn eine solche Kooperation im Verbund schafft Synergieeffekte im Einkauf und im Management. Verbundlösungen ermöglichen zudem die integrierte Versorgung, also eine kompetente Betreuung aus einer Hand. Teure Doppeluntersuchungen werden dabei vermieden – und die Qualität der Behandlung für die Patienten wird zugleich verbessert, weil die Ärzte optimal zusammenarbeiten. Auch in Zukunft sollen im Hans-Susemihl-Krankenhaus Kinder geboren werden, nicht nur, damit diese sich dann Emden nennen können. Eine Schließung der Geburtenabteilung kommt für meine Fraktion nicht in Frage. Der Ratsbeschluss, die Kinderklinik und die Gynäkologie in Emden beizubehalten, hat außerdem nach wie vor Gültigkeit. In diesem Zusammenhang möchte ich die Verwaltung und die Fraktionen noch einmal bitten, alles zu tun, damit wir die hervorragende Rettungsleitstelle in Emden auf dem Krankenhausgelände behalten. Eine Verlagerung nach Wittmund, wie sie von den Landkreisen Leer und Aurich befürwortet werden, lehnen wir strikt ab.“

**Herr Bongartz** kritisiert die Haushaltsrede von Herrn E. Bolinius. Diese beinhalte diverse Mitteilungen über die allgemeine Politik in der Stadt Emden. **Herr E. Bolinius** kann diese Meinung nicht teilen und fährt fort:



### Zitat:

#### „Kultur

Den aktuellsten Zahlen des neuesten "Kulturbarometers" des Zentrums für Kulturforschung zufolge sprechen sich 75 % der Bundesbürger für die öffentliche Förderung von Kultur aus. Trotz dieser hohen Akzeptanz besuchen immer weniger Jugendliche die Kulturinstitute mit klassischem Bildungsangebot. Der im Kulturausschuss gemachte Vorschlag, Restkarten kurzfristig zu sehr günstigen Konditionen in den Schulen zu verkaufen, sollte verwirklicht werden. Über die Struktur des von der Stadt Emden angebotenen Abos sollte noch einmal nachgedacht werden. Hier sind u. E. Verbesserungen möglich. Insgesamt ist das Kulturangebot in unserer Stadt im Verhältnis zu unserer Größe als sehr gut zu bezeichnen. Hierzu tragen die großen Einrichtungen Johannes-a Lasco-Bibliothek, Kunsthalle und Ostfriesisches Landesmuseum zu einem großen Teil bei, die immer wieder im Mittelpunkt stehen. Aber dabei werden wir die vielen anderen kulturellen Einrichtungen und Museen nicht vergessen. Dass die ehemalige Musikschule in der Brückstraße 92 fast wieder hergestellt ist und für verschiedene Vereine als Kulturhaus Faldern demnächst genutzt werden kann, ist nach den Querelen im Jahr 2001 überaus erfreulich. Aus aktuellem Anlass möchte ich die Aussage von dem Fachbereichsleiter des Fachbereiches 500, die er am 11.03.2005 für das Jahresprogramm 2005 im Namen des Oberbürgermeisters gemacht hat, zitieren:

*„Wiedererrichtung der Weizenmühle voranbringen –*

*Im Bereich des Denkmalschutzes und der Bauaufsicht wird die Weizenmühle ein wichtiges Thema sein. Die Erhaltung und die Wiedererrichtung des Bauwerkes sind von überregionaler Bedeutung. Nachdem nun grundsätzliche Zustimmungen der übergeordneten Behörden vorliegen, gilt es nun, den Wiederaufbau durch entsprechende Genehmigungen zügig voranzubringen.“*

Ich hoffe, dass die Verwaltung mit genauso viel Energie die Wiederherstellung der Weizenmühle betreibt, als dies bei der Johanna-Mühle der Fall gewesen ist. Die auch in diesem Haushalt eingesetzten, nicht geringen Zuschüsse für Kultur sind gut angelegtes Geld.

#### Schule und Bildung

Wir haben in den vergangenen Jahren Millionen von Euro in den Neu- bzw. Ausbau von Schulen aller Art investiert und tun das auch in diesem Jahr und in den nächsten Jahren. Das ist gut so. Leider wissen wir immer noch nicht, wie viel Geld wir für die Ganztagschulen bekommen. Dass diese Entscheidung immer noch nicht in Hannover gefallen ist, ist zu kritisieren und nicht zu verstehen. Aber für die Entwicklung eines Kindes sind nicht nur die räumlichen Voraussetzungen in der Schule wichtig, sondern das Fundament sind Bildung und Ausbildung. Deshalb brauchen wir das qualitativ bestmögliche Angebot an Schulen. Kinder müssen so früh wie möglich gefördert, aber auch gefordert werden! Obwohl es ein richtiger Schritt ist, reicht es aber deshalb nicht aus, wenn sich weiterführende Schulen profilieren. Dieser Prozess muss schon in den Grundschulen beginnen, damit die Unterrichtsqualität ansteigt. Die Hauptschulen dürfen nicht vernachlässigt werden. Es ist richtig und gut, dass nachträglich von den Fraktionen für Sozialarbeit an Grundschulen Mittel in Höhe von 45.000 € eingesetzt wurden.

#### Jugend- und Familienpolitik

Unsere Bemühungen werden auch in Zukunft dahin gehen, dass die Größe der Kindergartengruppen auf Dauer reduziert wird. Diese Maßnahme wird die Betreuungsintensität des einzelnen Kindes und damit seine individuelle Förderung erhöhen. Darüber hinaus muss den Erziehern(-innen) eine zusätzliche Fachkompetenz an die Seite gestellt werden. Es geht darum, sich mit verhaltensauffälligen Kindern, und davon gibt es, wie ich in vielen Gesprä-

## Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Rates am 30.03.2006

chen erfahren habe, in den Einrichtungen immer jüngere und immer mehr, sich gesondert, ggf. auch außerhalb der Gruppe, zu beschäftigen. Das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren muss weiter ausgebaut werden.

Ziel liberaler Familienpolitik ist es, das Angebot schnellstmöglich auszubauen. Nicht jede Familie wird so früh das eigene Kind in eine Kindertageseinrichtung schicken wollen. Wenn der Wunsch aber da ist, bzw. die persönliche Situation es erforderlich macht, muss die Stadt diese Plätze vorhalten. Nichts ist so wahr wie: Investitionen in die junge Generation sind gleichbedeutend mit Investitionen in die Zukunft unserer Stadt und damit auch ein bedeutender Standortfaktor, an dem wir uns auch mit anderen Kommunen messen lassen müssen. Lesenswert ist hierzu ein Bericht in der Ausgabe des Focus vom 27.3.2006. Die Förderung von Jugendlichen und damit die Vertretung ihrer elementaren Interessen sind und bleiben Kerninhalte liberaler Politik.

### Ältere Generation

Der demographische Wandel unserer Gesellschaft und damit verbunden das Altern der Bevölkerung sind als eine der zentralen Anforderungen der kommenden Jahrzehnte auch für den kommunalen Bereich anzusehen. Auf die Ausführungen des Sozialplaners der Stadt Emden in der Sitzung des GSO am 23.05.2005 zum demographischen Wandel und seine Bedeutung für die Stadt Emden und auf die Mitteilungsvorlage "Aufbau einer Wohnberatungsstelle für ältere und behinderte Menschen", Sitzung des GSO am 20.09.2005, möchte ich in diesem Zusammenhang verweisen.

Für den Fachbereich ergeben sich hieraus Anforderungen, das Wohnen und Leben im Alter und das Zusammenleben der Generationen aus der Sicht einer neuen zukunftsorientierten Altenplanung zu sehen. Das heißt, es müssen neue Handlungsstrategien zur Bewältigung dieser Herausforderungen entwickelt werden. Auf diesem Hintergrund sollten neue Wirkungsfelder erschlossen und angeregt werden. Für dieses neu zu schaffende Aufgabengebiet, welches planerische Aspekte ebenso beinhalten soll wie eine direkte Einflussnahme auf konkrete Lebensbedingungen und eine konkrete Unterstützung älterer Menschen in Form von zugehender Arbeit sowie eine offensive Förderung des ehrenamtlichen Engagements, ist qualifiziertes Fachpersonal im Fachbereich Gesundheit und Soziales nicht vorhanden. Wir sind froh, dass aufgrund unseres Antrages jetzt 55.000 € nachträglich in den jetzigen Haushalt eingestellt worden sind.

### Sport

Für die FDP ist die erzieherische Funktion des Sportes ein zentrales Anliegen. Daneben kann soziale Kompetenz durch Teamarbeit, Toleranz und Fairness gefördert werden. Die Mittel in diesem Haushalt sind in Absprache zwischen Stadtsportbund, Verwaltung und Fraktionen für die 56 Sportvereine eingesetzt worden. Dort gibt es keine Probleme. Die Zusammenarbeit zwischen Blau-Gelb Barenburg e. V. und Kickers Emden e. V. wird von uns ausdrücklich begrüßt. Wir waren anfangs, wie auch die anderen Fraktionen, in den Gesprächen zwischen den beiden Vereinen eingebunden. Dass die Sporthalle und die Sportplätze der ehemaligen Kaserne bald wieder genutzt werden können, ist eine Aufgabe des gesamten Rates. Bemerken möchte ich noch, dass die Fraktionen zusammen mit dem Stadtsportbund und der Verwaltung über die Ehrung von Sportlern noch einmal nachdenken sollten. Die Auswahl der zu ehrenden Sportler, so wie sie am letzten Sonntag vorgenommen wurde, halten wir für unglücklich.

### Bürgersicherheit und Freiheit

Die liberale Bürgergesellschaft lebt von Vertrauensbeziehungen. Denn individuelle Freiheit bedeutet auch die Bereitschaft, Mitverantwortung für andere zu übernehmen durch den einzelnen Bürger, durch die freiwillige Kooperation von Bürgern und durch die Übernahme von

## **Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Rates am 30.03.2006**

---

Ehrenämtern innerhalb und außerhalb der Politik. Verantwortung ist das ethische Fundament der liberalen Bürgergesellschaft. Die liberale Bürgergesellschaft fordert und fördert die Übernahme von Verantwortung durch den Einzelnen. Wir stehen auch für ein ausgewogenes Verhältnis von Bürgersicherheit und Bürgerfreiheit. Deshalb haben wir die neue Satzung zur Sicherheit auch abgelehnt. Im übrigen enthielt diese Satzung von der ersten Eingabe seitens der CDU bis zur Verabschiedung im Rat nur noch zwei Punkte.“

**Herr Dr. Kleinschmidt** bittet Herrn E. Bolinius noch einmal um Sachlichkeit. **Herr E. Bolinius** fährt fort:

Zitat:

### „Wirtschaftsförderung

Motor unserer Volkswirtschaft ist der Mittelstand. Er ist nicht nur größter Arbeitgeber in Deutschland – rund zwei Drittel aller Beschäftigten in diesem Land arbeiten in mittelständischen Betrieben -, sondern er erbringt auch die größten Ausbildungsleistungen, erwirtschaftet mehr als 47 % aller steuerpflichtigen Umsätze und tätigt fast 50 % aller Bruttoinvestitionen. Die Politik verkennt diese Gewichtung bis heute. Auch in der Neujahrsrede unseres Oberbürgermeisters haben nicht nur wir hierzu deutlichere Worte vermisst. Der Mittelstand steht weder im Zentrum der Wirtschaftspolitik der alten als auch der neuen Bundesregierung, noch werden notwendige Rahmenbedingungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen gesetzt. Die Mehrwertsteuererhöhung der Bundesregierung auf 19 % ist in der Tat ein Angriff auf den deutschen Mittelstand und wird sich auch bei uns als „Hemmschuh“ für Wachstum und Beschäftigung erweisen. Wo wir dem Mittelstand in Emden helfen können, müssen wir es noch mehr als bisher tun! Dabei ist der Mittelstand ganz besonders auf faire und der Betriebsgröße angepasste Bedingungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, vor allem auf dem Bausektor, angewiesen.

Sollte der bisherige Fachbereichsleiter für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung am 10. September 2006 Oberbürgermeister von Delmenhorst werden, was wir ihm wünschen, dann sollte über die Ausgliederung der Wirtschaftsförderung und Überführung in eine eigene Gesellschaft wieder ernsthaft nachgedacht werden.

### Umwelt

Im Bereich Umwelt braucht sich Emden nicht zu verstecken. Emden ist die Umweltstadt, wenn es um regenerative Energien geht. Das Öko-Werk in Borssum hat überregionale Bedeutung. Es ist zu hoffen, dass es hier zu der Gründung einer Bürgerstiftung kommt. Nicht nur wir von der FDP-Fraktion sehen die Meldung der Emsmündung als FHH-Gebiet, die immer wieder von der SPD, und hier besonders vom Kollegen Hans-Dieter Haase als umweltpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion vehement gefordert worden ist, als Nachteil für die Entwicklung unserer Stadt Emden an. Der Mensch darf von der Natur nicht ausgeschlossen werden, das ist unsere Auffassung und auch die des niedersächsischen Umweltministers. Deshalb halten wir auch an unserer Forderung fest, den Teekabfuhrweg von Borssum bis Gandersum ganzjährig für Spaziergänger und Radfahrer zu öffnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die FDP-Fraktion trägt seit der letzten Kommunalwahl im Jahr 2001, wie schon eingangs gesagt, für die Stadt eine große Verantwortung. Meine Fraktion hat versucht, sich dieser Verantwortung zu stellen und entsprechend zum Wohle der Stadt zu arbeiten. Zusammen mit der Verwaltung und den anderen Fraktionen haben wir viel erreicht. Ich möchte hier insbesondere den Frisiapark erwähnen. Aber auch die Sanierung des Ostfriesischen Landesmuseums mit rd. 9,0 Mio. €, die Neugestaltung des Binnenhafens, der Ausbau des Windparks, der Neubau des Biomassekraftwerkes, die Sanierung der Borssumer Schleuse, die Restaurierung des Petkumer Siels, die Fertigstellung des neuen Friedhofes in Borssum, die Umsetzung vieler Punkte im Projekt Soziale Stadt

Barenburg (u. a. Kulturbunker), die Planung/Umgehung Friesland und der Neubau des Allwetterbades mit rund 10 Mio. €, welches im nächsten Jahr in Betrieb genommen wird, sind unter anderem wichtige Vorhaben, die in dieser Legislaturperiode angeschoben wurden. Wir hoffen, dass das Wohnen am Wasser im Bereich des Eisenbahndocks bald möglich sein wird. Eine Tochter der Sparkasse hat das 26 ha große Gelände erworben und wird es hoffentlich bereits ab 2007 vermarkten können. Leider, und das sage ich mit großem Bedauern, konnten wir das nach unserer Ansicht nicht notwendige neue Verwaltungsgebäude in Höhe von über 5 Mio. € direkt an der Bahnlinie, welches nach unserer Auffassung in erster Linie zum Lärmschutz dient, nicht verhindern. Dass das Gebäude der Kaufhalle im Zentrum der Stadt nicht optimal genutzt wird, ist für die Kaufkraftbindung ein großer Nachteil. Der Rat und auch die Verwaltung können hier nur sehr begrenzt tätig werden, sollten aber alle Möglichkeiten ausschöpfen.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Namen meiner Fraktion möchte ich mich bei den Emdener Bürgerinnen und Bürgern sowie bei den Firmen, Behörden, Verwaltungen und Institutionen in der Stadt Emden bedanken, die durch ihren Fleiß und mit ihrer Einsatzbereitschaft dafür gesorgt haben, dass die nicht unbeträchtlichen Gelder in diesem Haushalt bereitgestellt werden konnten. Ich möchte mich ausdrücklich für die Arbeit des Kämmerers und seiner Mitarbeiter bedanken, die uns geholfen haben, die Haushaltsberatungen - insbesondere in der Haushaltskonsolidierungsgruppe - entsprechend durchzuführen.

Meine Fraktion hat im Rat nicht die Mehrheit, trotzdem wurden fast alle unsere Wünsche und Ideen im Haushaltsplan 2006 berücksichtigt. Das hängt auch mit der guten Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen zum Abschluss der Haushaltsberatungen zusammen. Wir gehen mit diesem Haushalt den richtigen Weg und deshalb stimmt die FDP-Fraktion diesem Haushalt zu. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“

**Herr Dr. Kleinschmidt** bedankt sich bei Herrn E. Bolinius, kritisiert aber die Ausführlichkeit der allgemeinen politischen Erklärungen des FDP-Vorsitzenden. Er bittet die nachfolgenden Sprecher, hierauf nicht erneut einzugehen. Anschließend erteilt er **Herrn Renken** das Wort:

### Zitat:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, nachdem wir ja bereits vor 11/2 Wochen in der Presse ausführlich lesen konnten, was die Fraktionen an diesem Haushalt an Änderungswünschen vorgetragen haben und worauf Sie sich auch verständigt haben, bin ich eigentlich in diese Ratssitzung mit dem Gefühl gegangen, dass hierzu eigentlich gar nicht mehr viel gesagt werden muss. So einzig waren wir uns selten – auch in der Diskussion zwischendurch. Es gab lediglich wenige Ausnahmen, die zwischendurch mal „das Wasser nicht halten konnten“ und außerhalb der Reihe meinten, sie müssten sich profilieren.

Nun darf ich heute eine der Sternstunden dieses „Kommunalparlaments“ erleben, aber Parlament darf ich nun ja nicht sagen, weil wir ja kein Parlament sind, obwohl der Redebeitrag von Herrn E. Bolinius den Charakter eines parlamentarischen Beitrags gehabt hat und die Haushaltsrede im Bundestag wahrscheinlich nicht weniger von Inhalten gefüllt war als hier.

Bezüglich des Workshops in Aurich habe ich Ihnen ja schon mal gesagt, dass ich nicht daran beteiligt war. Ich weiß auch gar nicht, warum ich mich für die Äußerung eines Vertreters der Initiative „Rettet den Regenwald“ entschuldigen soll. Da kann ich eher jedes beliebige FDP-Mitglied darum bitten, dass es sich entschuldigt, dass wir in der Landesregierung immer noch nicht in der Lage waren, die Ganztagsbeschlüsse für Emden durchzusetzen und dafür zu sorgen, dass die Kinder hier nicht länger auf die Mittel für den Ausbau der Schulen warten müssen. Das ist ein ganz dringender Punkt, an dem die Landesregierung was tun sollte für die Kinder in unserer Stadt.

## **Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Rates am 30.03.2006**

---

Im übrigen – zum Thema Palmölraffinerie habe ich mich geäußert. Es ist ja nicht nur so, dass die Grünen da Bedenken haben und eine Klärung wollen. Ich kann Ihnen nur sagen, wenn der Investor auftritt und sich dazu erklärt, unter welchen Bedingungen nach welchen Kriterien mit welcher Zertifizierung der Rohstoff für den Biodiesel hier nach Deutschland geschaffen wird, dann kann man ja darüber reden. Ich bin nie ein Feind einer Raffinerie gewesen, aber ich verlange ausdrücklich, dass die Bedingungen zur Produktion von Palmöl den Menschenrechten, den Arbeitsrechten, den allgemeinen Standards gelten und Zertifizierungsregelungen über Tropenholz dann auch geschaffen werden.

Zu diesem Haushalt dann noch mal konkret: Wir haben dieses Defizit von 10 fast 11 Mio. €, welches wir vor uns herschieben und was in den nächsten Haushalten abgearbeitet werden muss. Das bedeutet natürlich auch, dass wir nicht mehr die Investitionskraft haben, die wir eigentlich haben sollten. Auch bei der Verschuldung liegen wir im Mittelfeld. So bedauerlich das ist, defizitäre Verwaltungshaushalte sind mittlerweile ein Stück Normalität geworden. Wir konnten uns glücklich schätzen, eine Reihe von Jahren nicht zu der großen Gruppe derjenigen zu gehören, die es „getroffen“ hat. Und wir hoffen ja alle miteinander optimistisch, dass die Prognosen des Kämmerers sich bewahrheiten und wir im Jahre 2008 wieder einen ausgeglichenen Haushalt haben und womöglich auch in der Lage sind, nötige Investitionen für diese Stadt dann auch „in Gang zu bringen“.

Natürlich haben wir auf der Einnahmenseite – im Gegensatz zu anderen Kommunen - kaum „Spielraum“ bei den Gewerbesteuersätzen. Wir liegen dort an der Spitze in der Region. An einem Punkt können wir aber doch die Einnahmen maßgeblich verbessern - und zwar auf unser Drängen hin in der Haushaltskonsolidierungsgruppe im Bereich der Gastschulgelder, wo wir ab diesem Jahr und dann in den Folgejahren 300.000,- € Mehreinnahmen haben werden. Das rechnen wir uns als Fraktion auch mit als Verdienst an. Auf der anderen Seite gibt es das Problem „Mischfinanzierungsprojekte“ von Land und Kommunen, z. B. „Das Boot“, wo das Land im Zuge seiner Sparprogramme im sozialen Bereich zugegriffen hat, was wir sehr bedauern und wo wir dann doch letzten Endes beim Tagesaufenthalt noch eine verträgliche Lösung gefunden haben, die hoffentlich noch in den nächsten Jahren „greifen“ kann.

Ich will noch auf die Investitionen im Schulbereich in Höhe von 6 Mio. € eingehen, die nötig sind, aber wo man auch ganz klar sagen muss, dass ein guter Teil Verantwortung des Landes durch die Schulstrukturreform dabei ist, dass wir in die Lage gekommen sind, mehr an Investitionen vorzunehmen, als dies bei einer anderen Schulstruktur der Fall gewesen wäre. Es ist nicht nur das Ganztagschulprogramm, was ja im wesentlichen aus Bundesmitteln finanziert wird, sondern es ist insbesondere die Änderung der Schulstruktur und die damit verbundene Veränderung der Schülerströme auch. Das „Ausbluten“ der Hauptschulen liegt in der Verantwortung dieser neuen Struktur und wenn wir einen Leerstand haben, dann hat sich das Land hier nicht seiner Verantwortung gestellt. Ich erinnere auch noch an die Resolution, die wir hier im Rat verabschiedet haben, dass das Land hier auch seine finanzielle Verantwortung wahrnehmen soll.

Wir haben am Haushalt nur marginale Änderungen vorgenommen. Mit 500.000,- € haben wir Disziplin bewiesen. Den vorgegebenen Rahmen haben wir eingehalten, aber wenn man das Ganze betrachtet, sind es natürlich nicht mal 0,5 % des Haushaltsvolumens, was wir bewegt haben. Aber es sind dann doch einige kleine Dinge, die sehr hilfreich sind für die Vereine in dieser Stadt, für die ehrenamtliche Arbeit, aber die Akzente setzen im Haushalt selbst. Ich denke da nur an die 45.000,- €, die wir zusätzlich für das Projekt „Schüler und Jugendhilfe“ vor allen Dingen im Grundschulbereich eingestellt haben. Ich will auch noch einmal darauf verweisen, dass wir in der 2. Beratungsrunde als Grüne noch einmal darauf gedrängt haben, diesen Ansatz von 20.000,- € auf 45.000,- € zu erhöhen und dass wir das durchaus als eigenen Erfolg sehen.

Unsere zentrale Zielsetzung - auch als Ausblick in die nächsten Jahre hinein - ist:

## **Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Rates am 30.03.2006**

---

Wir wollen Emden weiter als familien- und kinderfreundliche Stadt ausbauen. Da spielt der Ausbau der Tagesbetreuung – insbesondere für Kinder unter 3 Jahren nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz – eine besondere Rolle. Das zweite wichtige Projekt ist die Verzahnung von Schule und Jugendhilfe. Das sind die Dinge, die wir in die nächsten Jahre viel in die Hand nehmen müssen, um zu gewährleisten, dass diese Problembereiche wirklich aufgearbeitet werden und dann im Endeffekt in den Bereich „Hilfen zur Erziehung“, wo wir in den letzten Jahren eine Kostenexplosion von 3,4 auf 4,7 Mio. € gehabt haben, fließen. Unsere Zielvorstellungen hierzu sind, dass wir durch Prävention in den Schulen, durch Vorbereitung in den Kindertagesstätten die Bedingungen dafür schaffen, dass die Probleme in den Familien reduziert werden.

Ich will abschließend sagen: Durch die Haushaltsdisziplin, die wir im wesentlichen gewahrt haben, haben wir heute Handlungsfreiheit. Aber trotzdem müssen wir diese Handlungsfreiheit dafür gewinnen, um neue Projekte anzuschließen, neue Investitionen zu tätigen und eines dieser Projekte ist für uns auch, dass wir in Richtung „kostenlose Kindergartenplätze“ in den nächsten Jahren arbeiten müssen. Das können die Kommunen alleine nicht schaffen, aber alle Äußerungen aus der Bundes- und Landespolitik deuten darauf hin, dass wir dort Fortschritte machen können. Ich hoffe, dass wir dies bis zum Jahre 2010 dann auch tatsächlich im Zusammenhang mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz hinbekommen können.

Ich möchte mich natürlich bei der Verwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit – mit Herrn Lutz an der Spitze – bedanken und auch für die einvernehmlichen Lösungen, die wir in der Haushaltskonsolidierungsgruppe und dann auch in den Gesprächen über die Verabschiedung dieses Haushaltes haben finden können. Insofern ist es natürlich keine Überraschung, dass auch wir diesem Haushalt in diesem Jahr zustimmen.“

**Herr Dr. Kleinschmidt** bedankt sich bei Herrn Renken für den Vortrag. **Herr Brinkmann** ist erfreut über die Einstimmigkeit des Rates zum Haushalt 2006. Dies käme in der heutigen Zeit in Niedersachsen nicht oft vor. Am Ende der Haushaltsperiode sei ein Kassenkredit zwischen 5 und 10 Mio. € zu erwarten. Dagegen hätten Städte wie z. B. Cuxhaven und Salzgitter Kassenkredite mit ca. 130 Mio. € zu verzeichnen. Gleichzeitig seien für die Emdener Schulen Investitionen in Höhe von ca. 30 Mio. € in dieser Ratsperiode getätigt worden. Gemeinsam könnte festgestellt werden, dass im Jahre 2008, spätestens 2009, höchstwahrscheinlich nicht nur wieder ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden könne, sondern auch „Richtung Verschwinden der Kassenkredite“ gearbeitet werden könne. Er geht auf die in den letzten Jahren eingeworbenen Europamittel ein, die sinnvoll „verbaut“ worden seien. Dies sei eine Leistung, die ab dem Jahre 2007 wieder erreicht werden sollte. Es sei nicht mit privaten Mitteln, sondern durch die Stadt Emden gegenfinanziert worden, betont er.

Er sei seinem Stellvertreter Martin Lutz dankbar für die kooperative Zusammenarbeit, die zwischenzeitlich auch mit Herrn Docter gepflegt werde. Wenn im eigenen Haus Personaleinsparungen angestrebt worden seien (durch Nichtwiederbesetzungen oder durch Besetzungssperren), bedeute dies auch, dass die Mitarbeiter/-innen der Stadt Emden die Arbeit der anderen so weit mitmachen könnten, wie die FB-Leiter/innen die Prioritäten festlegten. Er halte zum jetzigen Zeitpunkt eine erneute Prüfung für nicht angebracht, scheue sie aber auch nicht. Er freue sich, dem neuen Rat einen Haushalt übergeben zu können, auf dem neu aufgebaut werden könne.

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 14/1876-01 als Anlage I beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2006.

**Ergebnis:** einstimmig

## Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Rates am 30.03.2006

**Punkt : 7** Vorlage 14/1877-01  
Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2009

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt die Festsetzung des im Budgetbuch 2006 enthaltenen Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2009.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 8** Vorlage 14/1878-00  
Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2006

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt den Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2006

im Verwaltungshaushalt  
in Einnahmen und Ausgaben mit je 367.200 €

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 9** Vorlage 14/2075-00  
Fortschreibung Haushaltskonsolidierungskonzept

**Herr Haase** erklärt, er werde der Vorlage 14/2075-00 zustimmen, wenn die Abschaffung der Winterregelung (Seite 7, Nr. 26 der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung) von den Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung ausgenommen sei. Er betont, es sei erklärter Wille des Rates in der Ratssitzung am 21.09.2005 (TOP 26) gewesen, die Vorlage 14/1854-00 „Fortführung der Winterregelung in der Schülerbeförderung vorerst zurückzustellen.“

**Herr Lutz** verweist auf den Ratsbeschluss der o. a. Sitzung, Nr. 26 des Haushaltskonsolidierungskonzeptes herauszunehmen. Dieses werde im Budgetbuch, welches in den nächsten Tagen digital zur Verfügung stehen werde, zu erkennen sein. Zusätzlich werde hierzu eine Mitteilung im Vorbericht des Budgetbuches erscheinen. Hiermit ist **Herr Haase** einverstanden

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt, dass an dem im Jahre 2005 beschlossenen Haushaltskonsolidierungskonzept festgehalten wird.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 10** Vorlage 14/2045-00  
Beitritt der Stadt Emden zum Verein "Wachstumsregion Ems-Achse"

**Herr Dr. Kleinschmidt** verweist auf den in der VA-Sitzung am 27.03.2006 gefassten abweichenden Beschluss:

**Herr Riese** weist darauf hin, dass der Beitritt der Stadt Emden zum Verein „Wachstumsregion Ems-Achse“ nicht nur von Vorteil sei, weil damit mit den benachbarten Gebietskörper-

## Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Rates am 30.03.2006

schaften zusammengerückt und die Zusammenarbeit enger gemacht werde, sondern weil die Wachstumsregion Ems-Achse als Förderungsempfänger in künftigen Förderperioden für EU-Mittel eine ganz wichtige Adresse sein werde. Dort dabei zu sein, heiße, bei den Gewinnern zu sein. Deswegen sei es sehr wichtig, die Vorlage 14/2045-00 heute zu beschließen.

**Herr Hegewald** stimmt dieser Initiative im Namen der CDU-Fraktion zu und begrüßt die institutionelle Gründung der Emsachse ausdrücklich. Der Rat der Stadt Emden tue gut daran, nicht mehr von strukturschwachen Regionen zu reden. Das Emsland habe eine sehr große Dynamik an den Tag gelegt und die Ostfriesen hätten in den letzten Jahren und Jahrzehnten ebenfalls kräftig aufgeholt. Er sei sicher, dass es ein Erfolg werde, wenn die Stärken dieser Region gestärkt würden. Er schlägt ein Treffen der Kreis- und Verwaltungsausschüsse vor.

**Herr Haase** schließt sich der Meinung von Herrn Hegewald an. In der Tat sei in den letzten Jahren an der Ems etwas zusammengewachsen, wo ein Wirtschaftsraum sich entwickelt hätte und wo deutlich gemacht werden sollte, dass Emden sich als starke Region mit sehr originären eigenen Stärken sehe. So sei die Stadt Emden eine Musterregion im Bereich der erneuerbaren regenerativen Energien geworden. Hier seien im Gegensatz zu anderen Gegenden in hohem Maße Arbeitsplätze geschaffen worden. Mit dem neuen Schwerpunkt Logistik sei die Stadt Emden eine maritime, aber auch industrielle Kernzone eines zukünftigen Raumes Emsachse. Er begrüße dies und hoffe, dass später auch im Detail diese Einigkeit Bestand haben werde. Allerdings sei - wie bereits von Herrn Hegewald erwähnt - eine stärkere Begleitung derjenigen, die in den Räten und Kreistagen die Entscheidung zu tragen hätten, erforderlich.

- Beschluss:
1. Die Stadt Emden tritt dem zu gründenden Verein „Wachstumsregion Ems-Achse“ bei.
  2. Als Vertreter der Stadt Emden im Verein wird der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin benannt.

Ergebnis: einstimmig

**Punkt : 11** Vorlage 14/2095-00  
Erlass einer Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen anlässlich des „14. Emdener Museumstages“ am 29.10.2006

Beschluss: Die als Anlage der Vorlage Nr. 14/2095-00 beigefügte Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen anlässlich des „14. Emdener Museumstages“ am 29.10.2006 wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

**Punkt : 12** Vorlage 14/2094-00  
Erlass einer Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen am 28. Mai 2006 anlässlich der „Emdener Matjestage“

Beschluss: Die als Anlage der Vorlage Nr. 14/2094-00 beigefügte Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen am 28. Mai 2006 anlässlich der „Emdener Matjestage“ wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig



## Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Rates am 30.03.2006

- Punkt : 13** Vorlage 14/2014-00  
Einrichtung einer Berufsfachschule -Sozialpädagogik-
- Beschluss:** Zum 01.08.2006 wird an den Berufsbildenden Schulen I eine Berufsfachschule Sozialpädagogik eingerichtet. Die Genehmigung ist nach § 106 Abs. 6 des Nds. Schulgesetzes bei der Landesschulbehörde zu beantragen.
- Ergebnis:** einstimmig
- 
- Punkt : 14** Vorlage 14/2099-00  
Übertragung des Betriebes des Hallenbades der Stadt Emden auf die Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH
- Beschluss:** Die Stadt Emden überträgt den Betrieb des städtischen Hallenbades im Nachgang zur vorläufigen Betriebsausübung mit sofortiger Wirkung **endgültig** auf die Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH.
- Ergebnis:** einstimmig
- 
- Punkt : 15** Vorlage 14/2032-00  
Änderung der Nutzungsordnung für Zelte und Material
- Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 14/2032-00 als Anlage beigefügte Änderung der Nutzungsordnung für die Zelt- und Materialausgabe.
- Ergebnis:** einstimmig
- 
- Punkt : 16** Vorlage 14/1836-01  
3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Emden (Abfallsatzung)
- Beschluss:**
- 1.) Der Rat beschließt die der Vorlage 14/1836-01 als Anlage beigefügte 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Emden (Abfallsatzung).
  - 2.) Der Beschluss vom 21.09.2005, Vorlage Nr. 14/1836-00, 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Emden (Abfallsatzung), wird aufgehoben.
- Ergebnis:** einstimmig
- 
- Punkt : 17** Vorlage 14/2057-00  
Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung vom 30. März 2006

## **Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Rates am 30.03.2006**

**Beschluss:** Der Rat beschließt die der Vorlage 14/2057-00 als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung vom 30. März 2006.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 18** Vorlage 14/2104-00  
Neues Kommunales Rechnungswesen –NKR-;  
Fortgeltung alten Rechts für den Eigenbetrieb Bau- und Entsorgungsbetrieb (BEE)

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt, dass bezogen auf die Wirtschaftsführung des Eigenbetriebes Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden -BEE- bis auf weiteres – längstens bis zum 31.12.2011 - § 113 Abs. 1 NGO in der bis zum 31. Dezember 2005 geltenden Fassung anwendbar bleibt, sodass mit Wirkung vom 01.01.2006 keine Umstellung auf das NKR erfolgt.

**Ergebnis:** einstimmig

### MITTEILUNGSVORLAGEN

**Punkt : 19** Vorlage 14/2055-00  
Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2004 des Vereins für Rettungsdienst, Krankentransporte und soziale Hilfsdienste e.V. (RKSH)

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**Punkt : 20** Vorlage 14/2097-00  
Beteiligungsbericht der Stadt Emden 2006

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**Punkt : 21** Vorlage 14/2070-00  
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2005

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**Punkt : 22** Vorlage 14/2071-00  
Bekanntgabe einer Eilentscheidung gemäß § 66 NGO

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

### ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

**Punkt : 23** Vorlage 14/2100-00  
Resolution gegen das geplante Atomkraftwerk in Eemshaven;  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.03.2006

**Herr Renken** begründet den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und erklärt, dass eine abwartende Position, wie sie Herr Brinkmann vorgeschlagen hatte, falsch sei. Anfang März hätte seine Fraktion erklärt, dass sie eine eindeutige und möglichst einmütige Resolution des Rates für richtig halte. Auch die SPD- und die FDP-Fraktion hätten einen Antrag angekündigt, aber allein die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hätte den Antrag fristgerecht gestellt. Es hätte ihn nach der markigen Kritik in der Öffentlichkeit und den entsprechenden Ankündigungen enttäuscht, dass keine Taten gefolgt seien. Mit dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion könne seine Fraktion sich zum Zwecke der Mehrheitsfindung durchaus anfreunden, weil die wesentlichen Aussagen darin enthalten seien. Anschließend erläutert er die vom Ministerpräsidenten Wulff bei der OZ-Redaktion in Leer gemachte Aussage und nimmt Stellung dazu. Er betont, in den Niederlanden werde eine Debatte geführt, die darauf hinauslaufe, dass in einem „Energimix“ zumindest ein, wenn nicht sogar weitere Atomkraftwerke gebaut werden sollen, um die Lücke von 5000 Megawatt, die in den Niederlanden an Kraftwerksbestand verordnet worden sei, in den nächsten Jahren zu schließen. Anschließend erläutert er den im Jahre 1994 gefassten Beschluss des Parlaments der Niederlande über den Atomausstieg. Es gehe nicht um eine „Phantomdebatte“, die hier geführt werde, sondern um eine Änderung in der Energiepolitik, betont er. Es sei bekannt, dass über 70 % der Bevölkerung die Nutzung der Atomenergie ablehnten.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wolle mit ihrem Antrag (Vorlage 14/2100-00) eine glaubwürdige Position vertreten. Das Atomkraftwerk in Eemshaven oder einen anderen Ort sei daher abzulehnen. Gerade die Stadt Emden als „Hauptstadt erneuerbarer Energien“ könne zeigen, dass eine nachhaltige und sichere Energieversorgung ohne Atomkraft möglich sei. Gerade deshalb sollte der Rat sich der Frage zuwenden, ob es denn richtig sei, dass die Tochter Stadtwerke zu 48 % noch Atomstrom beziehe. Seine Fraktion sei davon überzeugt, dass auch dies geändert werden sollte, denn der Rat als Alleingesellschafter habe hier die Möglichkeit, die richtigen Weichen zu stellen. Auch anlässlich des 20. Jahrestages der Tschernobyl-Katastrophe am 26.04.86 und auch bei den Emdener Energietagen Anfang Mai könne dieses Thema nicht länger außen vor gelassen werden.

**Herr Dr. Kleinschmidt** erläutert, er werde die Antragsteller (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP) der Reihe nach ihre Anträge erläutern lassen. Wenn vorher nichts anderes vereinbart werde, werde er anschließend in einer bestimmten Reihenfolge abstimmen lassen.

**Herr Haase** schließt sich der Meinung von Herrn Renken an, dass der Rat sich nicht mit dem relativ „sinnentleerten“ Änderungsantrag der FDP-Fraktion „davon mogeln“ könne, indem gesagt werde, dass kein AKW in Eemshaven gewünscht werde, aber ansonsten nichts Präzises zur Atomenergie mitgeteilt werde. Der SPD-Antrag sei der Versuch einer inhaltlichen Begründung, wobei seitens seiner Fraktion ein Änderungsantrag gestellt worden sei, weil man der Meinung sei, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen etwas gestraft werden müsste. Er habe die Hoffnung gehabt, dass nach der Entrüstung der ersten Tage eine einvernehmliche Verabschiedung der Resolution erfolgen könne. Er sei sich sicher, dass dies heute nicht der Fall sein werde und macht deutlich, dass seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD weder in Eemshaven noch an einem anderen Ort ein AKW gewünscht werde.

In Ostfriesland werde den Menschen in anderen Regionen gezeigt, dass es möglich sei, einen Energimix ohne Atomkraft sicherzustellen. Nicht ohne Grund sei dies ein zentraler

Baustein der Energiedebatte auf Bundesebene und nicht umsonst sei der Ausstieg aus der Atomenergie im Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP bestätigt worden. Die Atomdebatte sei in Deutschland jedenfalls – auch in der Frage der Laufzeitverlängerung – zunächst erledigt. Er hoffe, dass dies auch so bleibe. Viel besser täte man daran, sich in Ostfriesland und Emden an einem Standortwettbewerb zu beteiligen. Außerdem gebe es hoch anerkannte ehemalige deutsche Minister, die sehr deutlich sagten, dass gerade die Atomenergie keine Lösung für Energieprobleme der Zukunft sein könne und sein werde. Herr Renken hätte zu Recht darauf hingewiesen, dass diese Form der Energiegewinnung nach wie vor ein hohes Maß an Restrisiko in sich trage. Damit wolle er nicht sagen, dass nicht nach bestem Stand der Technik und höchster Ingenieurleistung versucht werde, diese elementaren Kräfte „in Zaum“ zu halten, aber dies gelinge leider nicht immer und auf jeden Fall nicht dauerhaft. Die Tschernobyl-Katastrophe im Jahre 1986 hätte immerhin dazu geführt, dass Jahr für Jahr Kinder aus gesundheitlichen Gründen nach Ostfriesland kämen. Seines Erachtens sei es ein sehr gutes Signal für die ostfriesische Region, als Region der erneuerbaren und Zukunftstechnologien und Energien, wenn der Rat hier zu einem Entschluss käme, der deutlich mache, dass nicht nach dem St. Florians-Prinzip gehandelt werde.

**Herr Klaassen** erklärt, die FDP-Fraktion bedauere es, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 14/2100-00 und dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion (Vorlage T 14/2100-01) nicht zustimmen zu können, da er voller Ideologien stecke. Natürlich könnten Begründungen wie Windkraft, Tourismus etc. erfolgen, allerdings sollte keine Debatte zur „Atomkraft Ja oder Nein“ erfolgen. Dies seien Entscheidungen, die auf höherer Ebene gefällt würden. Er betont, dass die FDP-Fraktion in Emden sich absolut gegen ein AKW ausspreche, allerdings sollte auch realistisch bedacht werden, dass es nicht möglich sei, den Bedarf aus regenerativen Energien zu decken. Er schlägt vor, sich gemeinsam für einen Antrag auszusprechen, der aussage, dass ein Atomkraftwerk in Eemshaven nicht gewünscht werde, da der Tourismus hierdurch gefährdet werde. Er fände es aufgrund der allgemeinen gemeinsamen Meinung zu einem AKW schade, wenn der Antrag nur mit knapper Mehrheit beschlossen werden könne. Die FDP-Fraktion werde ihren Änderungsantrag aufrecht erhalten.

**Herr Hegewald** schließt sich der Meinung von Herrn Klaassen an. Der Antrag der FDP-Fraktion habe leider aufgrund von Abstimmungsproblemen nicht mehr als gemeinsamer Antrag der FDP und CDU gekennzeichnet werden können. Er habe ein Problem damit, dass eine Generaldebatte zum Atomkraftwerk geführt werde und halte den Deutschen Bundestag für geeigneter. Er möchte wissen, ob Herr Brinkmann schon neue Erkenntnisse zu den Äußerungen des niederländischen Staatssekretärs Pieter van Geel habe. Außerdem interessiere ihn, wo eine heute verabschiedete Resolution hingeschickt werde.

**Herr Brinkmann** erwidert, dass eine Resolution, die mit einer Kampfabstimmung verabschiedet werde, nichts wert sei. Mit der niederländischen Regierung könne er leider aufgrund der fehlenden Zuständigkeit keinen Kontakt aufnehmen. Zuständig sei die Nds. Landesregierung bzw. die Deutsche Bundesregierung. Er schlägt folgende Resolution vor:

„Der niederländische Staatssekretär hat öffentliche Überlegungen für den Bau eines Kernkraftwerkes verlauten lassen. Weder der niedersächsischen Landesregierung noch der Bundesregierung sind derartige Überlegungen bekannt. Der Rat der Stadt Emden lehnt den möglichen Bau eines Kernkraftwerkes im Bereich der Ems ab. Der Rat der Stadt Emden setzt dagegen auch in Zukunft auf die vielfältige Art der regenerativen Energie sowie die Erzeugung aus Biomasse. Die Entwicklung in Ostfriesland – und hier speziell in Emden – bezüglich der alternativen Energieerzeugung bestätigt die Auffassung des Rates und der Verwaltung.“

**Herr H. W. Janßen** bittet um eine kurze Unterbrechung der Sitzung. Dem wird so entsprochen. Nach der Pause bittet **Herr Dr. Kleinschmidt** die Fraktionen um Stellungnahme.

## **Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Rates am 30.03.2006**

---

**Herr Haase** stimmt dem von Herrn Brinkmann vorgeschlagenen Beschlussentwurf im Namen der SPD-Fraktion zu. Er bitte lediglich darum, das Wort „Kernkraftwerk“ im ersten und dritten Satz des Beschlussvorschlages durch das Wort „Atomkraftwerk“ zu ersetzen. **Herr Brinkmann** ist hiermit einverstanden.

**Herr Klaassen** spricht sich gegen den Beschlussvorschlag des Oberbürgermeisters aus. Dieser sei mit Ausnahme des vorletzten Satzes des Beschlussentwurfes identisch mit dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion (Vorlage T 14/2100-02). Der vorletzte Satz impliziere wieder, dass der Rat gegen Kernenergie als solche sei. Dies wolle seine Fraktion nicht mittragen. **Herr Hegewald** schließt sich der Meinung von Herrn Klaassen an. Die CDU-Fraktion wolle kein AKW in Eemshaven, möchte aber den Oberbürgermeister auffordern, nähere Informationen bei Gelegenheit beizubringen.

**Herr Renken** meint, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne dem Beschlussvorschlag von Herrn Brinkmann ihre Zustimmung geben, wenn sie tatsächlich zu einer breiten Mehrheit im Rat führe. Dies scheine aber nicht der Fall zu sein. Den zweiten Satz des Beschlussvorschlages halte er für falsch, weil derartige Überlegungen durchaus bekannt seien.

**Herr Haase** meint, damit sei der Versuch einer gemeinsamen Regelung nach Vorgabe des Oberbürgermeisters leider gescheitert. Die SPD-Fraktion werde daher an ihrem Änderungsantrag (Vorlage T 14/2100-01) festhalten. Er beantrage namens seiner Fraktion namentliche Abstimmung.

**Herr Renken** erklärt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ziehe ihren Antrag (Vorlage 14/2100-00 zurück und schließe sich dem Antrag der SPD-Fraktion (Vorlage T 14/2100-01) an.

**Herr Dr. Kleinschmidt** möchte zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion (Vorlage T 14/2100-01) abstimmen lassen. **Herr E. Bolinius** ist hiermit nicht einverstanden, da der Änderungsantrag der SPD-Fraktion fast identisch mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei. Die FDP-Fraktion hätte in ihrem Antrag die gesamte Ideologie herausgenommen und einen Zusatz hinzugefügt, in dem der Oberbürgermeister aufgefordert werde, die Äußerungen des Staatssekretärs umgehend zu hinterfragen. Dadurch sei der Änderungsantrag seiner Fraktion als der weitestgehendste zuerst zur Abstimmung zu bringen. **Herr Renken** stellt klar, dass seine Fraktion den Text des SPD-Antrages übernehmen werde. Insofern sei dieser kein Änderungsantrag mehr. Immerhin stehe es dem Rat jederzeit frei, seine Anträge zu ändern.

**Herr Dr. Kleinschmidt** unterbricht die Sitzung noch einmal. Nach der Pause erkundigt **Herr Renken** sich, ob es sich aufgrund des Textunterschiedes zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei dem Antrag der FDP-Antrag überhaupt noch um einen Änderungsantrag oder bereits um einen eigenständigen Antrag handele, denn dann stelle sich die Frage, ob dieser zulässig sei. Außerdem sollte überlegt werden, ob dann alternativ abgestimmt werden müsse.

**Herr Klaassen** ist der Meinung, dass die beiden Anträge substantiell nicht so sehr voneinander abweichen würden. Er erläutere die beiden Anträge und stellt fest, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag der SPD-Fraktion (T 142100-01) übernommen hätte und dieser somit neue Beratungsgrundlage geworden sei. Zu dieser neuen Beratungsgrundlage liege somit nur der Änderungsantrag der FDP-Fraktion vor, über den jetzt abgestimmt werden müsse. Danach könne über den Gesamtantrag abgestimmt werden.

**Herr Dr. Kleinschmidt** stimmt Herrn Klaassen zu und lässt über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen. Dieser wird bei Stimmengleichheit gem. § 47 (1) NGO (20 Ja-, 20 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen) abgelehnt. Anschließend lässt **Herr Dr. Kleinschmidt** über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der inhaltlich dem SPD-Änderungsantrag

## Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Rates am 30.03.2006

entspricht, abstimmen. Dieser wird mit Stimmenmehrheit (19 Ja-, 20 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung) abgelehnt.

Ergebnis: Von der Antragstellerin zurückgezogen!

**Punkt : 23 a** Vorlage 14/2100-01  
Resolution gegen das geplante Atomkraftwerk in Eemshaven;  
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 29.03.2006 -

(siehe TOP 23)

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 14/2100-01 als Anlage 1 beigefügte Resolution.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Dafür: 019  
Dagegen: 020  
Enthalt.: 001

**Punkt : 23 b** Vorlage 14/2100-02  
Resolution gegen das geplante Atomkraftwerk in Eemshaven;  
- Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 30.03.2006 -

(siehe TOP 23)

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 14/2100-02 als Anlage 1 beigefügte Resolution.

Ergebnis: bei Stimmengleichheit abgelehnt

Dafür: 020  
Dagegen: 020  
Enthalt.: 000

**Punkt : 24** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Anlässlich ihrer Geburtstage laden **Herr Brinkmann** und **Herr Bongartz** die Ratsmitglieder nach der Ratssitzung zu einem kleinen Umtrunk ein.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung